Elisabeth Majchrzak-Frensel

Von:	SPD-Ortsverein Eickel <ralf.frensel@gmx.de>
Gesendet:	Sonntag, 19. Juni 2016 14:17
An:	majchrzak-frensel@gmx.de
Betreff:	NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-06-19
Anlagen:	2016-06-23 Vorstand Einladung.pdf; Neues aus Düsseldorf 6.pdf; Unter der Kuppel Newsletter MM.pdf; Frauen-Power Juni 16.pdf

SPD Ortsverein Eickel

NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-06-19

Homepage # Termine # Kontakt

Liebe Elisabeth,

ich möchte dich herzlich zu unserer nächsten Vorstandssitzung einladen. Weitere Informationen sind in der angehängten PDF-Datei.

Die aktuellen Newsletter von Michelle Müntefering, MdB und Serdar Yüksel, MdL sind ebenfalls beigefügt.

Von der Herner AsF ist die Frauen-Power beigefügt.

Kulturelles

AWO - Grete-Fährmann-Seniorenzentrum, Burgstraße 45

Sommerfest im Sinnesgarten am 24. Juni ab 14 Uhr.

Kulturbrauerei Hülsamm - Extraschicht am 25. Juni

Führungen – je 30 Minuten lang – bieten auch Stadtarchivar Jürgen Hagen rund um die Kulturbrauerei Hülsmann in Eickel an, sagt Bärbel König-Bargel, Mitglied des Fördervereins der Einrichtung. Nachdem es bei der Extraschicht-Premiere im vergangenen Jahr „rappelvoll" gewesen sei, bleibe man auch hier dem bewährten Konzept treu. Passend zum Brauerei-Thema können neben der Stadtführung Biere verkostet werden, und Herner Musiker präsentieren unter anderem „Sauf- und Trinklieder zum Mitsingen". Eine Ergänzung zum Vorjahr: die Illumination der Braukessel, begleitet von sphärischen Klängen im Innenraum der alten Brauerei.

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)

SPD-Ortsverein Eickel Vorsitzende Elisabeth Majchrzak-Frensel Veilchenweg 36 D-44651 Herne FON: +49 (2325) 45448 FAX +49 (3212) 1019922 MOBIL: +49 (173) 5249144	Bankverbindung: IBAN: DE15 4325 0030 0013 0035 87 BIC: WELADED1HRN Kontoinhaber: SPD-OV-Eickel

Ortsverein
Eickel
SPD

✉ SPD OV Eickel • Veilchenweg 36 • D-44651 Herne

An die Mitglieder
des Vorstandes
des SPD-Ortsvereins Eickel

Ortsvereinsvorsitzende

Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne

☎ Privat +49 (2325) 45448
☎ Mobil +49 (173) 5249144
Fax +49 (3212) 1019922
elisabeth.majchrzak@spd-eickel.de

Herne, Sonntag, 2016-06-19

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade ich Euch herzlich ein zur

Vorstandssitzung

am Donnerstag, 23. Juni 2016, um 19:00 Uhr

Restaurant „Taverne Kavala“,
Hauptstraße 42, 44651 Herne,
Tel. 02325-586803.

Vorgeschlagene Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung, Festlegung der Tagesordnung
2. Sommerfest Dorneburg 03.07.2016
3. Aktuelle Politik
4. Berichte der Mandatsträger und Funktionäre
5. Verschiedenes

Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)

Unter der Kuppel

Für Herne-Bochum II

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering und der SPD-Bundestagsfraktion

Sitzungswochen
6. Juni bis
17. Juni

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

die NRW-Landesgruppe ist mit über 50 Abgeordneten die stärkste Gruppe in der SPD Bundestagsfraktion.
In der vergangenen Woche haben wir gemeinsam mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und über 700 Gästen aus der ganzen Republik das 50-jährige Bestehen der Landesgruppe gefeiert. Fest steht: wir sind noch lange nicht müde - es gibt noch viel zu tun. Im Bundestag wird derzeit auch die Entbürokratisierung der Hartz IV Gesetze diskutiert. Als SPD-Abgeordnete haben wir deutlich gemacht, Entbürokratisierung darf in keinem Fall zu einer Schlechterstellung von Alleinerziehenden führen! Ich bin froh, dass Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles bereits signalisiert hat, dies in den Gesetzgebungsprozess aufzunehmen. Außerdem war auch in dieser Woche wieder eine Besuchergruppe aus Herne in Berlin zu Gast, darunter auch Polizistinnen und Polizisten aus unserer Stadt. Miteinander haben wir die Themen Innere Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und die Frage von einer friedlichen Welt besprochen. Was uns sonst noch bewegt hat in der vergangenen Woche im Bundestag, das ist brandaktuell wieder in diesem Newsletter nachzulesen. Wenn Sie ein Anliegen haben, kommen Sie doch mal in eine meiner nächsten Bürgersprechstunden im Wahlkreisbüro!

Herzliche Grüße

Michelle Müntefering

Themen in dieser Ausgabe:

- Gewaltiger Schritt beim Integrationsgesetz
- Michelle Müntefering: Bessere Bezahlung für Integrationslehrer
- Reform zum Behindertengleichstellungsgesetz
- Mehr Schutz für Prostituierte
- Verstärkte Förderung von Frauenberufen
- Michelle Müntefering bei Autor Wolfgang Gründinger
- Unwetter: Umweltministerin verspricht Unterstützung
- Bundestag berät neues Bauvertragsrecht
- Investmentbesteuerung wird reformiert
- Gleiches Recht für Alleinerziehende
- Demenzkranke nicht für Forschungszwecke missbrauchen
- Gedenken
- BPA-Gruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag
- 50-jähriges Jubiläum der SPD Landesgruppe NRW
- Bürgersprechstunde Michelle Müntefering
- Michelle Müntefering zu Besuch bei der Biennale
- Jugendpolitik: Schülerin zu Gast bei Michelle Müntefering
- Daumen drücken für die EM

TOP-THEMA

Gewaltiger Schritt beim Integrationsgesetz

Es ist nicht übertrieben, das geplante Integrationsgesetz als gewaltigen Schritt zu bezeichnen. Ein solches Gesetz, das Maßnahmen bündelt, um die Geflüchteten besser zu integrieren, gab es in Deutschland bis dato noch nicht.

Fördern und Fordern

Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Koalition am Freitag in 1 Lesung beraten (Drs. 18/8615). Dass die Vorlage noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll, geht auf Betreiben der SPD Fraktion zurück, die ein solches Gesetz vehement gefordert und inhaltliche Vorschläge dafür gemacht hatte. Damit wird der Zusammenhalt in der Gesellschaft quasi durch Integrationsketten gestärkt, die den Flüchtlingen echte Perspektiven für einen Neustart in Deutschland eröffnen. Gleichzeitig schafft das Gesetz bessere Bleibeperspektiven. Mit allem was dazugehört: Rechten und Pflichten.

Integration im Ausbildungs– und Arbeitsmarkt

Konkret bedeutet das: Das Gesetz fördert die Integration in den Ausbildungs und Arbeitsmarkt durch verbesserte Regeln für die Ausbildungsförderung, Rechtssicherheit bezüglich des Aufenthaltsstatus während und nach der Ausbildung, die befristete Aussetzung der Vorrangprüfung abhängig von der Arbeitsmarktsituation der Bundesländer und eine niedrigschwellige Heranführung an den Arbeitsmarkt durch Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen. Mit einer Wohnsitzzuweisung (Vermeidung sozialer Brennpunkte) und Verpflichtungen zur Mitwirkung bei der Integration legt die Koalition aber auch klar fest, was von Flüchtlingen erwartet wird. Wer sich anstrengt und durch Spracherwerb und den Einstieg in eine Arbeit seinen Teil zur Integration beiträgt, der hat alle Chancen, einen Neustart in Deutschland zu schaffen.

Die neuen Regeln beseitigen dazu unnötige bürokratische Hürden.

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sagt: „Das ist ein echter Paradigmenwechsel in Deutschland.“ Der Staat gehe offensiv auf jene zu, die nach Deutschland kämen. Die Botschaft an Flüchtlinge sei: ‚Wenn du dich reinhängst, dann wird hier was aus dir‘. Der Staat helfe dabei, aber die Flüchtlinge müssten mitmachen. Gabriel sagte, das Integrationsgesetz sei ein erster Schritt in Richtung Einwanderungsgesetz. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hebt die geplanten Erleichterungen beim Zugang zu Integrationskursen und in den Arbeitsmarkt hervor. Der beste Weg zur Integration sei Arbeit, der beste Weg zur Arbeit gehe über das Erlernen der deutschen Sprache und Ausbildung. „Das sind die Schwerpunkte des Gesetzes“, so Nahles.

Schutz von Frauen und Kindern

„Es ist zum ersten Mal ein Gesetz, auf dem wirklich Integration steht“, sagt die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD). Wichtig sei, dass der Schutz von Frauen und Kindern verstärkt werde. In der so genannten Meseberger Erklärung der Bundesregierung heißt es dazu: „Übergriffe auf Frauen, Kinder und andere Schutzbedürftige werden wir nicht akzeptieren, ganz gleich ob sie gegen Bürger unseres Landes oder gegen Flüchtlinge gerichtet sind. Deshalb habe sie Übergriffe auf Frauen, wie etwa in der Silvesternacht, scharf verurteilt und durch Änderung von Gesetzen schnell reagiert. Auch Übergriffen in Flüchtlingsunterkünften müsse konsequent entgegengewirkt werden. Der Bund werde gemeinsam mit den Ländern zeitnah prüfen, inwieweit eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich ist, um diesen Schutz zu gewährleisten.

Die Sozialdemokraten hatten auf Schutzmaßnahmen von Mädchen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften gedrängt. Vor allem Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) hatte sich dafür ausgesprochen, dass etwas gegen die Zustände schutzsuchender Frauen und Mädchen, die sich in den Flüchtlingsunterkünften Schlafräume und Sanitäreinrichtungen mit Männern teilen müssten, getan werde.

Rechtssicherheit in der Ausbildung

Für Flüchtlinge, aber insbesondere für die vielen Arbeitgeber, die engagiert Flüchtlinge in Arbeit bringen wollen, wird es in Zukunft mehr Rechtssicherheit geben. Der Aufenthaltsstatus von geduldeten Auszubildenden in schulischer und betrieblicher Ausbildung wird so geregelt, dass eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung gelten wird. Bei anschließender ausbildungs-adäquater Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei weitere Jahre erteilt („3+2 Regel“). Auch wenn keine direk-te Anschlussbeschäftigung ge-funden wurde, will die Koalition die Potentiale der hier Ausgebil-deten im Land halten. Daher wird es für eine Dauer von sechs Monaten eine Duldung zur Arbeitsplatzsuche geben. Weil viele Flüchtlinge die derzeit gültige Altersgrenze von 21 Jahren überschreiten, wird diese komplett aufgehoben.

Wertevermittlung in den Integrationskursen

Gleichzeitig werden die Angebote für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive erweitert. Unter Beibehaltung der Sprachkursanteile wird die Wertevermittlung in den Integrationskursen deutlich von 60 auf 100 Unterrichtseinheiten aufgestockt.

Nach drei Jahren wird Flüchtlingen eine Niederlassungserlaubnis erteilt, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen (Sprachniveau C1) und ihren Lebensunterhalt weit überwiegend selbst sichern. Aber auch alle anderen haben eine gute Chance, auch wenn sie die Sprache nicht so schnell lernen und die Integration in den Arbeitsmarkt etwas länger dauert. Nach fünf Jahren erhalten Flüchtlinge eine Niederlassungserlaubnis, wenn sie es schaffen, neben weiteren Kriterien hinreichende deutsche Sprachkenntnisse (Sprachniveau A2) vorzuweisen und ihren Lebensunterhalt überwiegend zu sichern.

INTEGRATION

Bessere Bezahlung für Integrationslehrer

Zum Thema Integration berichtet die Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering:

„Ich bin sehr froh, dass wir Sozialdemokraten eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen durchgesetzt haben“, erklärt die Abgeordnete Michelle Müntefering: „Mit einem Beschluss im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wurde jetzt eine Mindestvergütung von 35 Euro pro Stunde für die Lehrkräfte in Sprach- und Integrationskursen sichergestellt. Dies ist ein wichtiger Schritt für das Gelingen der Integration, denn sie fängt beim Erlernen der Sprache an. Hierbei leisten die Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen einen elementaren Beitrag. Dafür habe ich mich seit Langem zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion eingesetzt.

SOZIALES

Reform zum Behindertengleichstellungsgesetz

Noch bevor der Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz, das die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen verbessern soll, in das parlamentarische Beratungsverfahren geht, hat die SPD Bundestagsfraktion den Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Rahmen einer Fachveranstaltung diskutiert. Am 30. Mai 2016 kamen rund 250 Interessierte dazu in die Halle des Paul Löbe Hauses.

Insgesamt leben in Deutschland gut 7,5 Millionen Menschen mit Schwerbehinderungen. Weitere 16,8 Millionen sind von Behinderungen bedroht. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist eines der größten sozialpolitischen Vorhaben in dieser Legislatur-Periode. Es soll die UN-Behindertenkonvention weiter umsetzen und die Person in den Mittelpunkt stellen.

Mit dem Bundesteilhabegesetz gesellschaftliche Teilhabe verbessern

„Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, allen Menschen gleiche Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen“, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann zu Beginn der Veranstaltung. Mit dem Bundesteilhabegesetz werde der Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe, den vor allem die Sozialdemokraten mitgestaltet hätten, mit realen Verbesserungen fortgesetzt. Niemandem sollen künftig Leistungen vorenthalten werden, auf die nach geltendem Recht ein Anspruch besteht“, stellte die für den Gesetzentwurf im Bundesministerium für Arbeit und Soziales zuständige Parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug Möller (SPD).

Die Einzelaspekte der Gesetzesentwurfes wurden intensiv mit Fachleuten und Verbandsvertretern auf der Konferenz diskutiert. In den kommenden Wochen wird sich der Bundestag im parlamentarischen Verfahren gründlich mit den aufgeworfenen Fragen und der Kritik beschäftigen.

MENSCHENRECHTE

Besserer Schutz bei Prostitution und Menschenhandel

Mit einem neuen Gesetz will die Koalition das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten stärken, sie besser vor nicht hinnehmbaren Arbeitsbedingungen und vor Ausbeutung und Gewalt schützen. Vergangenen Woche hat sich der Bundestag in erster Lesung mit der Regierungsvorlage befasst.

„Es ist schwieriger in Deutschland eine Pommesbude zu eröffnen als ein Bordell“, sagte die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) im Plenum. Kernelement des Gesetzentwurfs der Bundesregierung ist die Einführung einer Erlaubnispflicht für die Betreiber von Prostitutionsstätten.

„Für die SPD ist das ein ganz entscheidender Punkt. Denn damit sorgen wir für bessere Arbeitsbedingungen für die in der Prostitution tätigen Frauen und Männer“, betont SPD-Fraktionsvizin Carola Reimann bei der ersten Lesung der Regierungsvorlage im Bundestag. Künftig muss jeder Betreiber bzw. jede Betreiberin ein Betriebskonzept vorlegen und sich einer Zuverlässigkeitsprüfung unterziehen. Damit soll verhindert werden, dass vorbestrafte Menschenhändler ein Bordell betreiben dürfen.
Zudem werden Bordellbetreiber verpflichtet, für gesundheitliche, räumliche und hygienische Mindeststandards und damit für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Zudem sieht der Gesetzentwurf eine Kondompflicht und ein Werbeverbot für ungeschützten Sex vor. Bei Verstößen gegen diese Betreiberpflichten drohen Sanktionen bis zum Verlust der Betreiber-Erlaubnis und empfindliche Bußgelder.

Prostituiertenschutzgesetz ohne moralischen Zeigefinger

Bei allen neuen Maßnahmen geht es der SPD-Bundestagsfraktion nicht darum, käuflichen Sex moralisch zu verurteilen, stellt der frauenpolitische Fraktionssprecher Sönke Rix in der Bundestagsdebatte klar. „Vielmehr stärken wir mit dem Prostituiertenschutzgesetz die Rechte der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter“, so Rix.

Menschenhandel

Darüber hinaus hat der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition zur Bekämpfung des Menschenhandels beraten. Mit dem Vorhaben sollen eine EU-Richtlinie umgesetzt und die Strafbarkeit des Menschenhandels erweitert werden. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es besonders wichtig, dass mit dem geplanten Gesetz vor allem Frauen und Kinder besser vor Menschenhandel und Zwangsprostitution geschützt werden können. Eine reine Umsetzung der EU-Richtlinie wäre dafür nicht ausreichend gewesen, betont der zuständige Berichterstatter Matthias Bartke.

WIRTSCHAFT

Mehr Förderung für Frauen

CDU/CSU und SPD haben sich für ein umfangreiches Maßnahmenbündel zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Deutschland ausgesprochen. In einem Antrag sprechen sich die Fraktionen für Anreize aus, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch die Förderung flexibler Arbeitszeiten und von Kinderbetreuungsangeboten weiter verbessert werden.

Frauen in naturwissenschaftlichen Berufen fördern

Junge Frauen sollen auch frühzeitig stärker für Berufe aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Berufe) begeistert werden. Ältere Erwerbspersonen sollen länger in das Arbeitsleben eingebunden werden und Fachkräfte aus dem Ausland mit passenden Qualifikationen und Kompetenzen für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen werden. Dazu sollen die zahlreichen Möglichkeiten, die das deutsche Einwanderungsrecht für eine legale Erwerbsmigration bietet, verstärkt in Ländern mit hohem Migrationsdruck bekannt gemacht werden. Geeignete Bewerber sollen mit interessierten deutschen Unternehmen in Kontakt gebracht werden.

Mehr Menschen für soziale Berufe

Alle Branchen würden qualifizierten Nachwuchs benötigen, heißt es in dem Antrag weiter. Es würden mehr Menschen gebraucht, die für „SAGE-Berufe“ qualifiziert seien. SAGE bedeutet soziale Arbeit, Gesundheit und frühkindliche Erziehung. Auch die Zahl der ausbildenden Betriebe müsse gesteigert werden; diese Betriebe müssten zudem mehr ausbilden. Zugleich fordern die Koalitionsfraktionen einen Erhalt des Meisterbriefs und setzen sich außerdem für eine stärkere Nutzung der Chancen der Digitalisierung ein. Wie die Fraktionen feststellen, gebe es zwar aktuell noch keinen flächendeckenden Fachkräftemangel, „dennoch zeichnen sich jetzt schon Engpässe ab“. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) hätten Schwierigkeiten, ihre offenen Stellen zu besetzen. Ergebnisse einer Untersuchung aus dem Januar 2016 hätten in 148 von 685 Berufsgattungen Engpässe ergeben, in 55 Berufsgattungen sogar starke Engpässe.

BUCHVORSTELLUNG

Michelle Müntefering bei Wolfgang Gründinger

Das aktuelle Werk Wolfgang Gründigers „Alte Säcke Demokratie“ stellte die Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering vergangene Woche in Berlin vor. In ihrer Buchvorstellung kommentierte sie die Arbeit des Autors mit folgenden Worten:

„Bürgerinnen und Bürger fragen mich oft, was ist das eigentlich mit den Lobbyisten—mit denen darf man doch nicht reden! Ich antworte: da bit es ja Unterschiede, nicht nur Krauss-Maffei, sondern auch die Greenpeace auf dieser Welt. Ich könnte auch sagen, es gibt auch Wolfgang Gründinger! Denn Wolfgang Gründinger ist im besten Sinne ein Zukunftslobbyist. Er engagiert sich für soziale Gerechtigkeit, für die Themen unsere Zeit, auch, wenn er von der falschen Grundannahme ausgeht. Aber dazu gleich mehr.

Zunächst eine Anekdote zu einem Teil des Buches, in dem ich mich ganz persönlich wiedergefunden haben. Auf Seite 106 beschreibt Wolfgang Gründinger, wie er zur SPD gefunden hat: „Ein Klassenkamerad sagte, die Sch** SPD hat die Steuerschlupflöcher gestopft. Jetzt muss mein Vater noch ein Haus kaufen um Steuern zu sparen.“ Wolfgang Gründinger konnte nicht ein Jahr ins Ausland, in die USA reisen, wie seine Mitschüler.

Rundumschlag über die Herausforderungen unserer Zeit

„Wir haben doch keinen Dukatenscheißer daheim“, sagte seine Mutter. Diese Sätze habe ich in meiner Jugend auch gehört. Dennoch: Nicht bei jeder Schlussfolgerung Gründingers bin ich mit dem Autor einer Meinung. Aber ihm gelingt ein überzeugender Rundumschlag über die Herausforderungen unserer Zeit - unterlegt mit Fakten- und Datenmaterial. Ein Buch, das ich sicher auch in meiner politischen Arbeit noch das eine oder andere Mal aufschlagen werde. Das sollten noch

mehr Politiker tun, denn es kommt es darauf an, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unsere Zeit zu übersetzen. Und darauf, auf die richtigen Themen zu setzen. Themen, wie Kinderarmut, Digitalisierung der Wirtschaft, selbstfahrende Autos, Freihandel, Menschenrechte aber auch nachhaltige zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme, das sind solche Themen, die das Lebensgefühl nicht nur meiner Generation wiederspiegeln. (Mein Lieblingssatz steht übrigens im Kapitel zur Forschungspolitik. Wer in Deutschland Visionen hat der geht zum Arzt, oder ins Ausland.) Und auch in einem weiteren Punkt hat Wolfgang Gründinger recht: Politik braucht den Blick über den Tellerrand. Sie darf sich nicht an Legislaturperioden klammern, sondern sie braucht eine klare Vorstellung von der Zukunft, um sie zu gestalten. In einem Punkt hält das Buch meiner Meinung nach dieser Anforderung nicht stand, denn das Hauptproblem unserer Gesellschaft heißt nicht: „die Alten gegen die Jungen“. Sondern die Bruchlinien der Gesellschaft verlaufen anders. Sie verlaufen zwischen Arm und Reich, zwischen Mann und Frau, zwischen "Bio-Deutsch" und "Migrationshintergrund". Vor einigen Wochen hat die New York Times einen Artikel in Bildern publiziert. Darauf zu sehen die Gesichter der amerikanischen Macht. Das Ergebnis von 500 der mächtigsten Führungspersönlichkeiten in der gesamten USA, in Kultur, Politik, Bildung und Wirtschaft gehörten nur 44 einer Minderheit an.

Alter nicht allein entscheidender Faktor für Macht

Da wo Frauen mitspielen dürfen sind sie ebenfalls weiß. Das Alter ist also nur ein Faktor in einem größeren Zusammenhang der Machtverteilung, aber bei weitem nicht der entscheidenste. Aber was würde passieren, wenn wir Jungen die Alten einfach absägen? Der Hirnforscher Michael Hüther erzählte in einem seiner Vorträge eine Geschichte von einer Elefantenherde, die rasant gewachsen war. Es waren zu viele Tiere. Die Menschen entschieden sich dafür, die Alten zu töten. Was geschah? Die jungen Elefanten rannten durch die Dörfer und trampelten alles platt. Eine Gesellschaft ist nicht deswegen dümmer oder klüger, weil sie jung oder weil sie alt ist. Politiker übrigens auch nicht.
Es war Christina Schröder, die jüngste Familienministerin, die die Herdprämie und das Betreuungsgeld einführte. Ein Anachronismus gesellschaftlicher Natur— in die Politik übertragen von einer jungen Politikerin. Aber richtig ist: Der Aufstieg durch Bildung ist schwerer geworden. Es fehlen Sprossen in der Leiter. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht überall im Land gegeben. Besonders unser Bildungssystem muss besser werden.

München-Schwabing oder Wanne-Eickel

Es macht nicht nur einen Unterschied, ob ich in Burkina Faso oder in New York geboren werden, sondern auch ob ich in München-Schwabing oder Wanne-Eickel zur Schule gehe. Soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Wachstum, Wohlstand, der Zustand einer Gesellschaft entscheiden sich daran, wie inklusiv das System eines Landes wirkt. Schaffen wir Teilhabe, Partizipation an demokratischen Prozessen oder nicht? Schaffen wir Teilhabe für alle Menschen? Verehrte Damen und Herren, die gute Nachricht ist: Wir könne etwas bewegen. Die deutsche Demokratie muss man sich holen! Wolfgang Gründinger liefert dafür Gründe genug.

UNWETTER

Umweltministerin verspricht Unterstützung

Über Teilen Deutschlands sind in den vergangenen Wochen verheerende Unwetter niedergegangen. Am härtesten betroffen sind Baden-Württemberg und Bayern: Elf Menschen haben ihr Leben verloren, und es ist zu erheblichen Sachschäden gekommen. Der Starkregen hat auch in Gebieten ohne große Flüsse zu Überflutungen geführt. Der Bundestag hat sich im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den Unwettern und seinen Folgen auseinandergesetzt.
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) gedachte der Toten. Sie erinnerte an einen Feuerwehrmann aus Schwäbisch Gmünd, der gestorben sei, als er Leben retten wollte. „Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Todesopfer“, sagte Hendricks. Den Menschen, deren Hab und Gut vernichtet wurde und die versuchten, zu retten, was zu retten ist, wünschte sie Kraft, um wieder in den Alltag zu finden. Es mache Mut, dass die Menschen zusammenstünden. „Sie helfen, wenn andere Hilfe brauchen“, betonte Hendricks. Ein besonderer Dank gelte den Rettungskräften von Feuerwehr, Angehörigen von Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks, der Polizei und Bundeswehr sowie den vielen ehrenamtlichen Helfern.
„Ich bin selbst gerne bereit, die betroffenen Gemeinden im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen beim Wiederaufbau zu unterstützen und auch dabei, Maßnahmen zu ergreifen, durch die solche erneuten verheerenden Schäden vermieden oder eingegrenzt werden können“, versprach die Ministerin.

RECHT UND VERBRAUCHER

Bundestag berät neues Bauvertragsrecht

Vergangene Woche hat das Parlament in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition zur Reform des Bauvertragsrechts und zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung beraten (Drs. 18/8486).
Mit dem Gesetzentwurf wird das Werkvertragsrecht modernisiert und den Anforderungen von Bauvorhaben angepasst. Bislang ist es in erster Linie auf den kurzfristigen Austausch von Leistung und Gegenleistung ausgelegt, nicht jedoch auf die Durchführung eines komplexen, auf längere Zeit angelegten Bauvorhabens.
Im Vordergrund steht bei den Neuregelungen der Verbraucherschutz. So sollen Bauunternehmer künftig verpflichtet sein, Verbrauchern vor Vertragsschluss eine Baubeschreibung zur Verfügung zu stellen, die bestimmten Mindestanforderungen genügt. Das ermöglicht Verbrauchern einen genauen Überblick über die angebotene Leistung, und sie können die Angebote verschiedener Unternehmer besser vergleichen.
Neu ist eine Pflicht der Parteien, im Bauvertrag eine verbindliche Vereinbarung über die Bauzeit zu treffen. Außerdem sollen Verbraucher künftig das Recht erhalten, einen Bauvertrag innerhalb von 14 Tagen ab Vertragsschluss zu widerrufen. Sie haben so die Möglichkeit, ihre – regelmäßig mit hohen finanziellen Belastungen einhergehende – Entscheidung zum Bau eines Hauses noch einmal zu überdenken. Wenn sich während der Bauausführung Wünsche und Bedürfnisse des Bauherrn wandeln, kann Änderungsbedarf entstehen. Die geplanten Neuregelungen erleichtern es dem Bauherrn, den Vertragsinhalt im Einvernehmen mit dem Unternehmer an seine neuen Wünsche anzupassen. Weiterhin ist das Recht beider Vertragsparteien vorgesehen, den Bauvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

FINANZE N

Investmentbesteuerung wird reformiert

Nach eingehenden Beratungen ist das Investmentsteuerreformgesetz an diesem Donnerstag vom Bundestag verabschiedet worden (Drs. 18/8045, 18/8345, 18/8461). Mit dem Investmentsteuerreformgesetz werden europarechtliche Risiken beseitigt, die komplexe Investmentbesteuerung vereinfacht und bestimmte Steuergestaltungen, insbesondere die sogenannten Cum/Cum-Gestaltungen unterbunden.

FAMILIE

Gleiches Recht für Alleinerziehende

Eine Gesetzreform zur Vereinfachung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch soll zukünftig die Grundsicherung für Arbeitssuchende entbürokratisieren, die Arbeit der Job-Center erleichtern und die Verfahren beschleunigen. Nach Ansicht von Fachleuten und Kritikern kann dies jedoch zur Kürzungen bei dem Leistungsbezug von langzeitarbeitslosen Alleinerziehenden führen. Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Herne/Bochum II, Michelle Müntefering:
„Mit dieser Gesetzesreform sollen Verfahrensvereinfachungen erzielt werden, die für alle zu Verbesserungen führen. Eine Entbürokratisierung darf jedoch nicht zu Kürzungen bei den Betroffenen führen. Ich begrüße daher, dass Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles nun erklärt hat, dass der Abschnitt der Gesetzesnovelle, die Alleinerziehende betrifft, noch einmal überarbeitet werden soll. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die SPD-Bundestagsfraktion verhandeln jetzt mit den Koalitionspartnern CDU und CSU über eine Neufassung dieser Passagen. Es braucht eine Regelung, die eine Schlechterstellung, bzw. Leistungskürzungen bei Alleinerziehenden ausschließt.“

GESUNDHEIT

Demenzkranke nicht für Forschungszwecke missbrauchen

Die SPD-Bundestagabgeordnete Michelle Müntefering stellt fest: „Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und Bundesforschungsministerin Johanna Wanka planen derzeit klinische Studien und Arzneimittelforschung an Demenzkranken zuzulassen. Zukünftig soll dafür eine Generalvollmacht in einer Patientenverfügung genügen. Damit soll der mögliche Teilnehmer künftigen Versuchen generell zustimmen. Eine an Demenz oder Alzheimer erkrankte Person kann seine Einwilligung zu Tests im fortgeschrittenen Krankheitsstadium dann nicht mehr zurückziehen und die Testpersonen werden nicht mehr über die Gefährlichkeit einzelner Studien, einzelner Tests, aufgeklärt. Durch die neuen Vorschläge werden die heute geltenden hohen gesetzlichen Standards ausgehöhlt.
Was der Gesundheitsminister plant, dürfen wir nicht zulassen. Menschen mit Demenz, Alzheimer oder anderen geistigen Beeinträchtigungen dürfen nicht zu Versuchskaninchen der Pharmaindustrie werden. Forschung mit dem Ziel, die Krankheitssituation des Einzelnen zu verbessern, ist schon immer zulässig und wird es auch bleiben. Auch wenn das Parlament diese Gesetzesänderung verhindert."

AUSSENPOLITIK

Gedenken

Der Deutsche Bundestag hat über einen fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, Grünen und SPD debattiert, der sich ausführlich mit den historischen Ereignissen in den Jahren 1915/16 beschäftigt, bei denen mehr als eine Million Armenier der Vernichtung und Vertreibung durch das damalige Osmanische Reich zum Opfer fielen. Eine Mitschuld an den schrecklichen Ereignissen trägt auch das damalige Deutsche Reich.
Der Bundestag schloss sich darin dem Urteil der weitaus überwiegenden Zahl von Historikern und Völkerrechtlern an, die die damaligen Geschehnisse als Völkermord an den Armeniern einstufen. Im Vordergrund des Antrags steht die Aufforderung zur Aufarbeitung und Versöhnung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dieses mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Versöhnung beizutragen.

BERLIN-BESUCH

Politisch interessierte Bürger im Bundestag

Berlin ist immer eine Reise wert: Zu diesem Ergebnis auch die 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis, die an der politischen Bildungsfahrt im Juni teilnahmen. Zum Programm gehörte neben einem Besuch einer Plenarsitzung und einer Führung durch die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung auch ein Treffen mit der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering. Gerne nahm sich die SPD-Politikerin Michelle Müntefering Zeit für eine lebhafte Diskussionsrunde mit den Gästen aus ihrem Wahlkreis. Jedes Jahr bekommen die Bundestagsabgeordneten die Möglichkeit, politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger für vier Tage nach Berlin einzuladen.

JUBILÄUM

SPD feiert 50 Jahre NRW-Landesgruppe

Vergangene Woche feierte die NRW SPD-Landesgruppe ihr 50. Jubiläum mit 700 Gästen in Berlin. „NRW ist eine Hochburg der deutschen Sozialdemokratie. Und seit 50 Jahren ist die Landesgruppe NRW eine wertvolle Stütze der SPD-Fraktion und eine einflussreiche Vertreterin der Landesinteressen", würdigte der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel die Arbeit der Landesgruppe in den letzten Jahren in seiner Rede. Auch NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft lobte die wichtige Arbeit der Landesgruppe für das Land Nordrhein-Westfalen in den vergangen 50 Jahren.
Die Feier war gleichzeitig die Gelegenheit, mit vielen Bekannten und Freunden aus dem Land ins Gespräch zu kommen.

BÜRGER

Sprechstunde mit Michelle Müntefering

Regelmäßig lädt Michelle Müntefering zur Bürgersprechstunde ein, so auch am Mittwoch, 13. Juli. In der Zeit von 16 Uhr bis 18 Uhr können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Abgeordneten im Wahlkreisbüro an der Bochumer Straße 26 treffen und ihre Anliege vor Ort persönlich mit der Bundestagsabgeordneten besprechen. Eine Anmeldung ist erforderlich unter Tel.: 0 23 23/94 91 35

KULTUR

Akademie der Künste

Mohammed Abu Hajar, Michelle Müntefering, Azra Tuzunoglu und Halil Altındere.

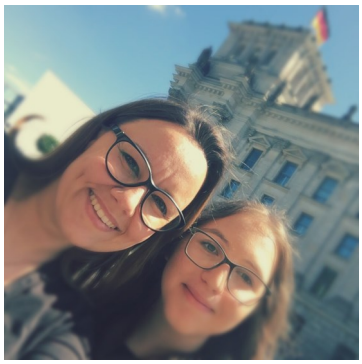
Bei der Press-Preview im Vorfeld der Eröffnung der 9. Berlin Biennale in der Akademie der Künste traf Michelle Müntefering den Aktions-Künstler Halil Altındere, dessen Werke schon auf der großen Kunstausstellung „Documenta“ zu sehen waren.

Bei der Berlin Biennale zeigt Altindere eine Videoarbeit, die in der Türkei und in Deutschland gedreht wur-de. Mit einer Mischung aus Realismus und Fiktion thematisiert Homeland (2016) die Erfahrung von Zwangsmigration. Mohammed Abu Hajar, ein inzwischen in Berlin lebender Rapper aus Syrien, verleiht den Widersprüchen, die den Flüchtlingsstatus ausmachen, eine Stimme. Seine Reime begleiten die Zuschauer durch Szenen, die teil-weise auf realen Aufnahmen basieren, von einer Grenzüberquerung bis zu versteckten Wasserstraßen Istanbuls, und enden im Flüchtlingscamp des ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof.

Das Werk bringt die Migrationskrise, die die Türkei und die ganze Welt betrifft, nach Berlin, einem politischen Zentrum, in dem Europas Antwort auf die Krise geschmiedet wird.

JUGENDPOLITIK

Junge Schülerin zu Gast im Bundestag



Die Schülerin Lilli-Noor Wouhbé gemeinsam mit Michelle Müntefering im und am Bundestag.

Jedes Jahr werden 315 Jugendliche aus ganz Deutschland jeweils von einem Bundestagsabgeordneten eingeladen, um im Bundestag am Projekt „Jugend und Parlament“ teilzunehmen. Michelle Müntefering entschied sich für die 17 Jahre alte Lilli-Noor-Wouhbé.
In einem so genannten Planspiel übernehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Rollen fiktiver Abgeordneter und lernen die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages kennen. Wie begeistert Lilli-Noor Wouhbé von dem Programm war, erzählt Sie in Kürze in ihren eigenen Worten.

BERICHT VON LILLI-NOOR WOUHBÉ

Vom 4. Bis zum 7. Juni 2016 war ich auf Michelle Münteferings Einladung in Berlin und habe mit über 300 weiteren Jugendlichen aus jedem Winkel Deutschlands den Bundestag übernommen und die Arbeit der Abgeordneten nachgestellt. Es war ein Wochenende voller neuer Freundschaften, Spaß und angeregten Diskussionen: von der neun Staffel House of Cards bis hin zur Flüchtlingskrise.
Doch neben mehr Eindrücken als man in so kurzer Zeit alle aufnehmen kann, habe ich 3 wichtige Lektionen an diesem Wochenende gelernt:

- *Habe immer einen Plan!*
  Auch wenn am Ende doch alles immer ganz anders läuft, ein guter Plan und eine überlegte Taktik können das Chaos oft noch im Rahmen halten.

- *Zusammenarbeit ist alles*
  Zwar ist es immer gut, zu seinen Idealen zu stehen und diese sollte man auch nie aufge ben, aber ohne die Bereitschaft, auch mal einen Kompromiss einzugehen und sich in die andere Seite hineinzuversetzen, kann kein Parlament auch nur einen Schriftführer ernennen.

- *Politik ist harte Arbeit*
  Wer sagt, Abgeordnete treffen sich nur zum Essen und arbeiten doch in Wirklichkeit nicht, hat ganz klar ein falsches Bild von der Sache. Vor 10 Uhr war das Programm nie zu Ende und auch dann wurden im Hostel noch bis tief in die Nacht Reden geschrieben oder sogar Koalitionsbrüche verhindert. Um am nächsten Morgen dann wieder fit zu sein und das gleiche Programm noch mal zu erledigen, war oft Kaffee unser aller Rettung.

Schlussendlich kann ich Frau Müntefering eigentlich nur danken, mir so eine Erfahrung ermöglicht zu haben und kann es jedem, der dieses Projekt in Beracht zieht, nur wärmstens ans Herz legen.
Es ist wirklich ein Event, dass man so schnell nicht wieder vergisst!

FUSSBALL

Berliner Team fiebert mit

Auch das Berliner Team von Michelle Müntefering fiebert mit, wenn die Deutsche Mannschaft in Frankreich bei der Fußball-Europameisterschaft antreten wird. Vergangene Woche schauten sie schon einmal am Brandenburger Tor beim Aufbau der Fan-Meile vorbei: v.li.: Winfried Marx, Konstantin Kosten, Andrea Straka, Michelle Müntefering und Dieter Ripberger. Hoffentlich klappt es mit dem Titel!

IMPRESSUM:

Michelle Müntefering , MdB

Michelle Müntefering
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 / 227 - 7 31 34
www.michelle-muentefering.de

Wahlkreis:
Bochumer Str. 26
44623 Herne
Telefon: 0 23 23/94 91 35
Fax: 0 23 23/94 91 16
E-Mail:
michelle.muentefering@bundestag.de

Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 06/2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem sechsten Newsletter im Juni möchten wir Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist für unsere freiheitliche Demokratie von größter Bedeutung. Rechtsextreme Straftaten haben in NRW – wie auch in der gesamten Bundesrepublik – im vergangenen Jahr stark zugenommen. Neben einer strikten Verfolgung von Straftaten ist die Prävention und Aufklärung ein entscheidender Faktor im Kampf gegen Rechts. Zu Beginn der Plenarwoche wurde daher im Plenum über den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus debattiert. Mit dem „Integrierten Handlungskonzept" werden insgesamt 2,3 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, unter anderem für Opfer- sowie mobile Beratung. Überwiegend sollen mit dem Geld jedoch kommunale Handlungskonzepte gefördert werden.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Wiedereinführung der Sperrklausel bei Kommunalwahlen. Seit den Kommunalwahlen 2014 ist die Arbeit in den Kommunalparlamenten deutlich schwieriger geworden: Im Bochumer Stadtrat – sowie in 13 weiteren kreisfreien Städten und drei Kreistagen – sind jeweils mindestens zehn Parteien oder Wählergruppen eingezogen. Am Freitag haben wir daher über die Wiedereinführung einer Sperrklausel von 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen abgestimmt. Auf diese Weise soll die Funktionsfähigkeit der Räte und Kreistage gesichert und deren „Zersplitterung" verhindert werden.

Des Weiteren möchten wir gerne unter anderem über unsere gemeinsamen Aktivitäten im Wahlkreis informieren: Am 24. Mai hatten wir im Rahmen der Aktionswoche „vorbeugende Politik" einen sehr informativen Besuch in der Jugendhilfeeinrichtung der Diakonie in Wattenscheid. Einen Tag später haben wir mit vielen Vertreterinnen und Vertreter der Bochumer Zivilgesellschaft bei der Veranstaltung „Vom Flüchtling zum Nachbarn – der Integrationsplan für NRW" über die Bedingungen für die gelungene Integration von Geflüchteten gesprochen.

Wir wünschen Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

C. Gödecke

Carina Gödecke MdL

Serdar Yüksel

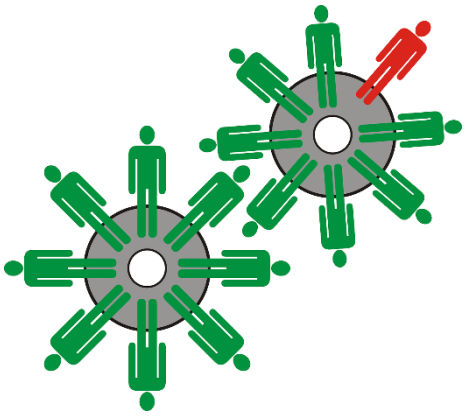
Serdar Yüksel MdL

Handlungsfähig: Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird jährlich rund 3,2 Millionen Euro für Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus investieren. Damit sollen zivilgesellschaftliche Initiativen gestärkt und zugleich zu einem präventiven Netzwerk gebündelt werden. Ab sofort können sich auch Städte und Gemeinden mit ihren Ideen um Fördergeld bewerben. Knapp zwei Millionen Euro mehr stehen in diesem Jahr dafür bereit. Das wurde im neuen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der rot-grünen Landesregierung verankert. Kinder-, Jugend- und Familienministerin Christina Kampmann hatte ihre Pläne vor einigen Tagen vorgestellt. Am Mittwoch gab es dazu auch eine Regierungsunterrichtung gleich zu Beginn der Plenarsitzung.

Unterstützt werden zum Beispiel die präventive Arbeit von Fußballfanprojekten sowie Opferberatungsstellen in Düsseldorf und Dortmund. Insgesamt geht es um 166 vorbeugende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Das Konzept identifiziert 13 bedeutende Handlungsfelder - unter anderem in den Bereichen Justiz, Schule, Arbeit und Wirtschaft, Polizei, Medien und Kultur. Es sind verschiedene Handlungsziele definiert, die mit konkreten Maßnahmen beschrieben werden. Die Erstellung und Umsetzung des Handlungskonzepts ist und war ein dringend erforderlicher Schritt, um die Strategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus nachhaltig zu fördern. Der Bedarf an politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit diesem Thema wächst. Nicht nur wegen der Aufdeckung der menschenverachtenden Morde der rechtsextremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund", kurz NSU, sondern auch wegen der stetig zunehmenden rassistischen und rechtsextremen Propaganda und Straftaten.

Vorbildlich: NRW ist Vorreiter mit Inklusionsstärkungsgesetz



In Nordrhein-Westfalen wird ein weiterer Meilenstein für die inklusive Gesellschaft für alle gelegt. Am Mittwoch stimmten die Abgeordneten im Landtag über das „Erste allgemeine Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ (Inklusionsstärkungsgesetz, ISG) ab. Der von der rot-grünen Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf verankert die Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die 2009 auch von Deutschland unterschrieben worden sind. Im ISG sind ganz konkrete Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen festgelegt, wie etwa der Rechtsanspruch auf Stimmzettelschablonen für sehbehinderte und blinde Menschen sowie Kommunikationshilfen für gehörlose Eltern. Mit den neuen Regelungen setzt NRW bundesweit neue Maßstäbe für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und eine optimierte barrierefreie Infrastruktur. Zunehmend sollen – nach der Verabschiedung am Mittwoch – Barrieren für Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkungen im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, in der Freizeit und bei der gesundheitlichen Versorgung abgebaut und neue Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Beispielsweise wird die 'Leichte Sprache' gesetzlich verankert und die deutsche Gebärdensprache als eigenständige Sprache anerkannt.

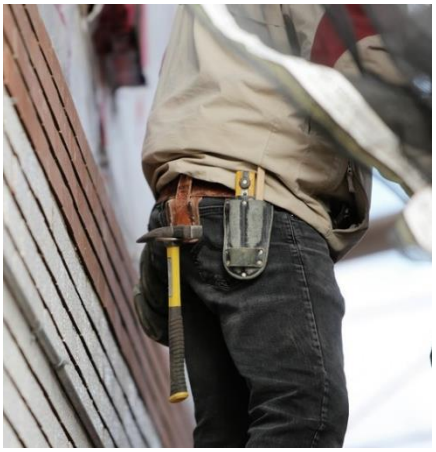
Das Gesetz verpflichtet zudem sogenannte Träger öffentlicher Belange wie Gemeinden, Verwaltungen und ähnliches mit den Fachverbänden verbindlicher zusammenzuarbeiten und damit dem Grundsatz "Nichts über uns ohne uns" nachzukommen. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen sorgen zudem dafür, dass Menschen unter vollständiger Betreuung künftig an Kommunal- und Landtagswahlen teilnehmen dürfen. Bislang sind diese vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das ist unvereinbar mit der UN-BRK. Deshalb werden wir den entsprechenden Passus streichen.

Vielfältiger: Möglichkeiten des Mobilseins in NRW

Am Mittwoch stellte die Landesregierung ihren Entwurf für ein Straßen- und Wegegesetz in NRW im Landtag vor. Damit soll die Verkehrspolitik weiterentwickelt und den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Neu ist die Gleichstellung der Radschnellwege mit den Landesstraßen. Beide werden gleichgewichtige Verkehrsträger.

Das neue Gesetz stärkt beispielsweise die Vielfalt der Mobilitätsmöglichkeiten in NRW, das Fahrrad wird als Beförderungsmittel aufgewertet und indirekt auch die Elektromobilität. Ohne den Ausbau der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur wird es keinen effektiven Ausbau der Elektromobilität geben, denn deren Wirkungsbereich geht über die Straße weit hinaus.

Moderner: Landesbauordnung wird zeitgemäßer und inklusiver



Weniger Barrieren in öffentlichen und privaten Gebäuden ist eines der ehrgeizigen Ziele der neuen Landesbauordnung. Von dem Regelwerk, das am Mittwoch von der Landesregierung in den Landtag eingebracht wird, sollen besonders Menschen mit Behinderungen profitieren. So soll zum Beispiel der nachträgliche Einbau von Treppenliften in älteren Mehrfamilienhäusern ermöglicht werden. Das scheiterte bisher oft an den Brandschutzvorschriften. Zudem sollen öffentlich zugängliche Gebäude wie Arztpraxen, Einkaufsläden oder Kindergärten und Schulen barrierefrei sein, zumindest Neubauten. In Häusern mit Aufzug gilt künftig: Alle Wohnungen müssen barrierefrei sein.

Mit dem Gesetzentwurf wird so eine gute Basis für zeitgemäßes Bauen in Nordrhein-Westfalen gelegt. Es ist ein vernünftiger Kompromiss zwischen den maximalen, weil wünschenswerten, und den tatsächlich praktikablen und bezahlbaren Lösungen gefunden worden. Er garantiert, dass für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen auch attraktiver Wohnraum geschaffen werden kann.

Nachträglich: 550 Millionen Euro zusätzlich aus Landeshaushalt

550 Millionen Euro will die rot-grüne Landesregierung jetzt zusätzlich in die Hand nehmen. Davon sollen zahlreiche Projekte in den Bereichen Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Integration von geflüchteten Menschen finanziert werden. Das sind Investitionen in die Zukunft NRWs. Unverändert bleibt davon aber der Kurs hin zur 'Schwarzen Null'. Die sogenannte Nettoneuverschuldung bleibt bei den anvisierten 1,8 Milliarden Euro für dieses Jahr.

Ein wichtiger Punkt sind die zusätzlichen Personalstellen sowie Geld für Bildung und Inklusion. Konkret geht es um 529 zusätzliche Stellen in den Schulen. Besonders erfreulich sind weitere 300 Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für die schulische Inklusion. Wir sind der steigenden Schülerzahl aufgrund der Flüchtlingsbewegung und den ausbleibenden demografischen Effekten bereits mit weiteren Grundstellen (rund 4.200 neue Lehrerstellen für den Grundbedarf) begegnet.

Einige Eckpunkte des 2. Nachtragshaushalts:

- 6,2 Millionen Euro mehr für Weiterbildung und Familienbildung
- 45 Stellen im Bereich des Justizvollzugs für Integrationsbeauftragte

- 3,2 Millionen Euro und 14 zusätzliche Stellen im Projekt „Finanzverwaltung der Zukunft“
- 7 Millionen Euro für eine verbesserte Ausstattung der Polizei (wie zum Beispiel Schutzwesten)
- 9,1 Millionen Euro werden für Familienberatungs- und Integrationsprojekte, wie zum Beispiel die Aufstockung der Mittel für „Brückenprojekte“ um 5 Millionen Euro
- 120 Millionen Euro kalkuliert das Land für Mehrausgaben bei der Versorgung von Asylbewerbern in seinem Bereich
- 385 Millionen Euro werden vollständig an die Kommunen weitergeleitet, die sich wie folgt zusammensetzen:
    - 172 Millionen Euro zusätzliche Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) und
    - 213 Millionen Euro zusätzliche Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge durch die Anpassung an die aktuellen Flüchtlingszahlen.

Zusätzlich schiebt die Landesregierung Investitionen in folgenden Projekten an (durch Verpflichtungsermächtigungen):

- Hochschule: 191 Millionen Euro für Modernisierungen im Zusammenhang mit der Hochschulmodernisierungsvereinbarung
- Justiz: 103 Millionen Euro für die Grundsanierung der Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Vohwinkel
- Finanzverwaltung: rund 140 Millionen Euro für ein neues Rechenzentrum
- Breitbandausbau: 80 Millionen Euro zur Förderung des Breitbandausbaus
- Polizei: Bereitstellung weiterer 26,4 Millionen Euro für zusätzliche Ausrüstung.

Unerlässlich: Prozent-Hürde bei Kommunalwahl in NRW

Der nordrhein-westfälische Landtag debattiert am Donnerstag und Freitag abschließend über das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz. Danach soll die 1999 abgeschaffte Sperrklausel bei Kommunalwahlen wieder eingeführt und in der NRW-Verfassung aufgenommen werden. Das heißt: Nur wer mindestens 2,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat, darf demnach in den Rat einziehen.

Das parlamentarische Vorhaben wurde ausführlich und gründlich beraten, unter anderem in einer umfangreichen Anhörung von Sachverständigen. Sowohl der Haupt-, als auch der Kommunalpolitische Ausschuss im Landtag haben dem Gesetzentwurf mit sehr großer Mehrheit mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, bei Enthaltung der FDP, zugestimmt.

Die neue Prozent-Hürde ist unumgänglich, wenn man bedenkt, dass mancherorts bis zu 13 Parteien, Gruppen oder Einzelpersonen in den Räten sitzen. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hatte 1999 eine Sperrklausel im Kommunalwahlrecht verworfen. Die Wiedereinführung ist jedoch aufgrund der gefährdeten Funktionsfähigkeit der kommunalen Räte und einer handlungsfähigen Demokratie unerlässlich. Für die Abstimmung wird im Landtag eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt.

Umfangreich: Reformiertes Dienstrecht ist wichtiges Signal

Das Dienstrecht für die etwa 337.000 Beamtinnen und Beamten in NRW soll jetzt modernisiert werden. Dafür legte die rot-grüne Landesregierung einen umfangreichen Gesetzentwurf vor. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen werden während der Debatte am Donnerstag noch weitere, wichtige Änderungen verankern: Wer für das Land arbeitet, muss von seiner Besoldung leben können. Deshalb wollen wir die Abschaffung der prekären Besoldungsgruppen A3 und A4. Auch die Verbesserung der Frauenförderung, eine optimalere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Pensionswirksamkeit der Gefahrenzulagen sind in dem Gesetzentwurf bereits vorgesehen. So wird Arbeiten im öffentlichen Dienst endlich wieder attraktiver.

Gute Arbeit muss angemessen vergütet werden und deshalb haben wir entschieden, die Bedingungen auch für Nachwuchskräfte zu verbessern. Deshalb werden unter anderem Beschäftigte der Feuerwehren im Vorbereitungsdienst, die eine abgeschlossene Berufsausbildung benötigen, durch eine Änderung im Gesetz demnächst angemessener bezahlt. Außerdem soll sich der öffentliche Dienst interkulturell weiter öffnen, entsprechend der Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund. Des Weiteren werden wir die sogenannte ‚Jubiläumszulage' wieder einführen. Dies ist ein wichtiges Signal an langjährige Beschäftigte. Zum ersten Mal werden ein betriebliches Gesundheitsmanagement und die Personalentwicklung gesetzlich festgeschrieben und damit verpflichtend.

Der öffentliche Dienst ist mit der Reform als Arbeitgeber weiterhin attraktiv.

Alltagstauglich: Kinder und Jugendliche stärken

Seit dem 5. April 1992 gibt es in Deutschland die Kinderrechtskonvention. Damals zunächst mit Vorbehalten. Uneingeschränkt ist sie erst seit 2010. Seitdem hat sich einiges geändert: Kinder und Jugendliche sind eigenständige Rechtspersönlichkeiten und eben nicht zu erziehende Objekte. Politik und Gesellschaft haben sich mit der Anerkennung und Ratifizierung verpflichtet, Kindern und Jugendlichen umfassende Schutz-, Förderungs- und Beteiligungsrechte zu garantieren. „Ratifizierungen allein schaffen jedoch keine Gerechtigkeit", sagte Bundespräsident Joachim Gauck auf der Matinee anlässlich des 65. Jahrestages der allgemeinen Menschenrechte.

Die Situation in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren durchaus verbessert. Dennoch gibt es Licht und Schatten: Zwar ist Gewalt in der Erziehung verboten, dennoch ist sie häufig noch gängige Praxis. Umso wichtiger ist es, die Kinderrechte weiter zu stärken und sie auch im nationalen Recht zu verankern. Der Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen, der am Freitag diesbezüglich im Plenum debattiert wird, soll hierzu einen wertvollen Beitrag leisten: Die Kinderrechte müssen bekannter werden in NRW und sie sollen in Institutionen und im alltäglichen Leben umgesetzt werden.

Jeweils am Ende der Legislaturperiode soll ein Kinder- und Jugendbericht über die Umsetzung der Kinderrechte in NRW vorgelegt werden. Einbezogen werden sollen Kinder und Jugendliche in all ihren Facetten, also unter anderem mit Armutserfahrung-, ohne sicheren Aufenthaltsstatus, mit Behinderung, mit Migrationshintergrund sowie mit unterschiedlichen sexuellen Neigungen.

Wir wollen, dass das Land weiterhin Programme und Projekte zur demokratischen Bildung und Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen wie 'Demokratisch Handeln', 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage' unterstützt und die Partizipation in allen Jahrgangsstufen und Schulformen stärkt. So sollen sie lernen, sich an demokratischen Prozessen aktiv zu beteiligen.

SPD-Landtagsfraktion diskutiert den Integrationsplan in Bochum

Politik erklären, Erfahrungen austauschen und Sachverstand mit einbeziehen – vor diesem Hintergrund diskutierten die Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel mit Bürgerinnen und Bürgern bei der Veranstaltung „Vom Flüchtling zum Nachbarn" am 25. Mai 2016 in Bochum. Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hatte eingeladen, um den Integrationsplan der rot-grünen Landesregierung mit rund 60 Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, ehrenamtlichen Organisationen und Bildungsträgern zu diskutieren und deren Anregungen entgegenzunehmen. In ihrer Auftaktrede stellt die Bochumer SPD-Angeordnete Carina Gödecke "Gelingensbedingungen" für eine gute Integration in die Gesellschaft in den

Mittelpunkt. Gelingensbedingungen heißt, nicht ausschließlich über die Probleme und Hindernisse zu sprechen, sondern vor allem über die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer gelungenen Integration in unsere Gesellschaft hervorzuheben.

Hans Willi Körfges, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, stellte den Integrationsplan als neue „Rahmenbedingung für gelingende Integration“ vor. Bei dem Integrationsplan handelt es sich um einen Maßnahmenkatalog, der viele verschiedene Politikfelder einbezieht. Dazu gehören verpflichtende Integrationskurse, bei denen neben dem Spracherwerb auch die Grundwerte unseres Grundgesetzes vermittelt werden.

Zusätzliche Plätze in den Bildungseinrichtungen, mehr Lehrkräfte in Schulen und die Ausweitung der individuellen Beratungs- und Förderangeboten sollen eine passgenaue Qualifizierung der Migranten fördern. Mit der Wohnungsbauoffensive und dem Abbau von rechtlichen Hindernissen wird der Ausbau von Wohnungsangeboten in NRW vorangetrieben und dies nicht nur als Unterstützung der Flüchtlinge, sondern als Angebot für Jedermann.

Körfges betonte in seinem Vortrag die Bedeutung der Zivilgesellschaft für eine gelingende Integration: „Integration geschieht vor Ort, im Kindergarten, am Arbeitsplatz, in der Schule und im Sportverein.“ Daher nehme sich der Integrationsplan zum Ziel, ehrenamtliches Engagement stärker zu fördern. Der Wattenscheider Pfarrer Holger Nollmann betonte ebenfalls die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Integration. In seinem Vortrag ging er insbesondere auf die Integration der Generation ein, die als so genannte Gastarbeiter nach Deutschland gekommen waren. Weder die deutsche Bevölkerung, noch die Politik oder die Migranten selbst hätten die Grundpfeiler für die Integration dieser Zugewanderten geschaffen: „Nur die Zivilgesellschaft sorgt für Integration, selbst wenn Politik und Gesellschaft behäbig agieren“. Aus diesem Gedanken heraus formulierte Nollmann auch seine aktuelle Forderung:„ Wir haben starke und bewährte Kräfte in der Zivilgesellschaft. Lasst sie machen und stattet sie gut aus — im Zweifel zu generös als zu zurückhaltend!“

Nach den einführenden Worten entstand ein rund einstündiger lebendiger Dialog mit den Gästen, der vom Landtagsabgeordneten Serdar Yüksel moderiert wurde. Aus dieser Veranstaltung nehmen die Abgeordneten, wie beabsichtigt, vielen Anregungen und Kritikpunkte mit in die weitere Arbeit am Integrationsplan: „Der Austausch mit denen, die unmittelbar an der Integration von Geflüchteten arbeiten, ist unabdingbar. Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Integration vor Ort gelingen kann“, so Serdar Yüksel.

SPD-Abgeordnete Gödecke und Yüksel besuchen Jugendhilfeeinrichtung des Diakoniewerkes in Wattenscheid

Am 24. Mai besuchten die beiden Bochumer SPD-Abgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel das Evangelische Kinder- und Jugendhaus am Centrumsplatz in Wattenscheid. Auf dem rund 2000qm großen Gelände der ehemaligen Zeche Centrum sorgen sich 150 Mitarbeiter um rund 250 Kinder, Jugendliche und Familien. Der Besuch fand im Rahmen der Themenwoche „Vorbeugende Politik“ der NRW SPD statt. Landesweit wurde in der Themenwoche auf soziale Einrichtungen aufmerksam gemacht.

Die Einrichtung bietet ein breites Angebot von präventiven Maßnahmen bis hin zur Hilfe in akuten Notsituationen. Eine „Fünf Tage Gruppe“ entlastet Familien im Alltag und arbeitet mit den Eltern an der Stärkung ihrer Erziehungskompetenz, indem bis zu zehn Kinder von Sonntagsnachmittag bis Freitagnachmittag in der Gruppe rund um die Uhr betreut werden. Im Mutter-Vater-Kind-Haus können alleinerziehende Mütter und Väter in Überforderungssituationen Hilfe, Begleitung und Unterstützung erfahren. Durch differenzierte und einzelfallbezogene Hilfen des Familienbüros werden Familien in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Jugendämtern in Form von ambulantem Familienclearing, Elterntraining und aufsuchender Familientherapie begleitet und unterstützt. Ergänzt wird das Angebot mit einer Kita mit 45 Plätzen sowie mit der Kinderschutzvilla in der Graf-Adolf-Straße.

Das breite Angebot an verschiedenen Betreuungsmaßnahmen sieht der Leiter der Einrichtung Peter Vorndamme als größte Stärke der Einrichtung: „Durch die verschiedenen Angebote lernen wir sehr viel voneinander.“ Zudem betont er die Relevanz einer städteübergreifenden Kinder- und Jugendhilfe: „Wir denken ruhrgebietsweit, denn zweidrittel unserer Kinder und Jugendlichen kommen aus anderen Städten.“ Gerade diese Arbeit über Stadtgrenzen hinweg müsste laut der Landtagsabgeordneten Carina Gödecke noch intensiviert werden: „Wichtig ist, dass wir die Hilfsangebote besser vernetzen und für einen guten Informationsfluss sorgen. Eine effektive vorbeugende Politik braucht eine gute Vernetzung von Ämtern und Sozialträgern!“ Beim gemeinsamen Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung konnten sich die Landespolitiker ein Bild von der Lage der Kinder und Jugendhilfe machen. Anschließend besichtigten sie die verschiedenen Einrichtungen und konnten sich einen lebendigen Eindruck von der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen verschaffen. Der Wattenscheider Abgeordnete Serdar Yüksel betont: „Die Arbeit der Einrichtung zeigt, wie wichtig präventive Maßnahmen sind, bevor es zu Notsituationen kommt. Unsere Aufgabe als Landespolitik muss es sein, die engagierten Mitarbeiter im Sozialwesen durch die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu unterstützen!“ Daher werden die beiden Abgeordneten die Einrichtung bereits im August erneut besuchen und bei einem „Praxistag“ die Betreuerinnen und Betreuer unterstützen. Außerdem möchten sie zusammen über mögliche politische Schritte zur Verbesserung der Situation von sozialen Einrichtungen diskutieren.

State Representatives aus Massachusetts zu Gast bei Serdar Yüksel im Landtag NRW

Am Montag, 30. Mai 2016, empfing der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel eine Delegation aus den USA im Landtag Nordrhein-Westfalen. Neben Kollegen aus dem Massachusetts House of Representatives war auch ein Sheriff und ein Rechtsanwalt – beides ehemalige State Representatives – mit von der Partie.

Nach einer Führung durch den Landtag, bei der sich die US-Amerikaner vor allem über das politische System in NRW und zu den Abläufen im Parlament selbst informierten, traf sich die Gruppe mit Serdar Yüksel zum politischen Austausch. Vor dem Hintergrund der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen wurde vor allem die Rolle der USA im Nahen Osten diskutiert. Yüksel betonte die Wichtigkeit des Austausches mit den Kollegen und forderte die USA auf, neben ihrer militärischen Unterstützung mehr humanitäre Hilfe insbesondere in Syrien und im Irak zu leisten.

Die Kollegen aus den USA sprachen Deutschland ihre Anerkennung für das Engagement in der Flüchtlingskrise aus und schilderten die Situation für Einwanderer in den USA. Auch die Präsidentschaftswahlen kamen zur Sprache, da jedoch alle Teilnehmer Mitglieder der demokratischen Partei waren, einigte man sich schnell auf eine Favoritin als zukünftige Präsidentin der USA.

Da einige der State Representatives an der Ausarbeitung und Umsetzung von ObamaCare beteiligt waren und sich in ihrem Staat für eine universelle Krankenversicherung einsetzen, war auch Serdar Yüksels Expertise zu gesundheitspolitischen Fragen und insbesondere zum deutschen Krankenversicherungssystem gefragt. Als ehemaliger Krankenpfleger und Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales informierte Serdar Yüksel über die Stärken und Schwächen des deutschen Gesundheitssystems und zeigte auch die Anstrengungen, die NRW für die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen unternimmt, auf.

Beide Seiten waren sich abschließend einig, dass der Umgang mit dem demografischen Wandel, die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die gesundheitliche und soziale Absicherung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung für die Zukunft beide Länder sein werden.

Was lange währt, wird endlich gut: WIR offiziell eröffnet

Am letzten Freitag wurde in Bochum ein kleines Stück Geschichte in unserem Gesundheitswesen geschrieben: Das WIR - WALK IN RUHR wurde als deutschlandweit erstes Zentrum für Sexuelle Gesundheit und Medizin mit besonderer Kooperationskonzeption eröffnet. Direkt in der Bochumer Innenstadt gelegen, in unmittelbarer Nähe zum St. Elisabeth Krankenhaus – ist das WIR nun eine zentrale Anlaufstelle für Jeden und das auch anonym.

Mit dem Zentrum begibt man sich in Bochum auf Neuland. Das „man“ ist in diesem Fall eine wirkliche Besonderheit, denn die Kooperationspartner hätten dem Grunde nach nicht unterschiedlicher sein können, wie man der nachfolgenden Aufzählung entnehmen kann:

- Interdisziplinäre Immunologische Ambulanz – Zentrum für Sexuelle Gesundheit – Klinik für Dermatologie der RUB, Kath. Klinikum Bochum, St. Josef-Hospital
- Aidshilfe Bochum e.V.
- Gesundheitsamt Bochum
- Pro familia e.V.
- Madonna e.V
- Rosa Strippe e.V.

Auf Anhieb scheint ein Zusammenschluss der genannten Partner aufgrund diverser Interessensunterschiede fast völlig ausgeschlossen. Und dennoch haben sie es geschafft – nach vier Jahren harter Arbeit – ein Zentrum zu gründen, das Beratung, Information, medizinische Behandlung, Prävention, Psychotherapie und Selbsthilfe hinsichtlich jeglicher Fragen der sexuellen Gesundheit und sexuell übertragbaren Krankheiten unter einem Dach vereint. Nicht zuletzt vielleicht auch deshalb, weil das Zentrum – wie es Professor Brockmeyer (Ärztlicher Leiter) in seiner Begrüßung der Gäste bei der Eröffnung sagte – mit der Bochumer Landtagsabgeordneten und Landtagspräsidentin Carina Gödecke eine Patronin, eine Mutter hat, die an die Idee des Zentrums glaubt. Hier und da, wenn die Planung einmal ins

Stocken geriet, versuchte sie mit den Partnern wieder den rechten Weg zu finden und öffnete auch die eine oder andere Tür.

Nun ist es geschafft und jeder hat seinen Platz im WIR gefunden. Die Arbeit kann beginnen. Ob es schlussendlich tatsächlich eine Erfolgsgeschichte wird, bleibt abzuwarten – der Bund hat die Einrichtung schon als Modellprojekt eingestuft – es wäre in jedem Fall allen Beteiligten aufgrund ihres unfassbaren Engagements und der Begeisterung für das Zentrum zu wünschen.

Weitere Informationen

NRW
DIE FRAKTION
SPD

V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0

June 2016 | Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen | 02323/ 94 91 34

2016
6.Ausgabe

Frauen - Power

Neuwahlen bei den SPD-Frauen

Im Februar 2016 stand auch bei der Herner Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen die Neuwahl des Vorstands an. Es gab keine großen Überraschungen:

Vorsitzende: Monika Ganteföhr
Stellv. Vorsitzende: Helga Angsüßer, Rosi Gehring und Karola Zang.
Schriftführung: Gertrud Brell und Yvonne Lehnert

Nach den Wahlen referierte Hendrik Bollmann zum Thema „Frauenförderung in der Politik – auch Männersache“.

Inhalt

- Neuwahl AsF 1
- Reform des Sexualstrafrechts 2
- Termine 2016 3
- 40 Jahre AsF Herne 4
- IFT Herne 4

Impressum:
Vorsitzende der AsF Herne
Monika Ganteföhr
Bochumer Str. 26,
44623 Herne

Reform des Sexualstrafrechts

Ende April 2016 wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung in erster Lesung beraten. Mit diesem Entwurf werden nicht hinnehmbare Strafbarkeitslücken zum Schutz von Frauen geschlossen. So sind sexuelle Übergriffe nach der derzeitigen Rechtsprechung nicht als sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung strafbar, wenn das Opfer aus Überraschung keinen Widerstand leistet oder aus Furcht von Widerstand absieht. Doch gerade in diesen Situationen will die SPD Frauen besser schützen. Der Entwurf von Heiko Maas weitet deshalb den strafrechtlichen Schutz auf diese Konstellationen zurecht aus.

Im parlamentarischen Verfahren wird die SPD-Bundestagsfraktion die so genannte Nein-heißt-Nein-Lösung verfolgen. Heiko Maas hat sich hierfür offen gezeigt. Wir wollen den guten Gesetzentwurf entsprechend ergänzen; der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann hat dies auch öffentlich bekräftigt. Wir meinen, dass die Strafbarkeit wegen eines Sexualdelikts zukünftig nicht mehr vom Vorliegen einer Abwehrhandlung abhängen soll. Auch nicht einverständliche sexuelle Handlungen müssen entsprechend der Istanbul-Konvention strafbar sein.

Die AsF hält es für eine grundlegend falsche Schwerpunktsetzung, wenn Eigentum oder Hausfrieden höher bewertet werden als sexuelle Selbstbestimmung.

Wir fordern außerdem, dass man für Fälle sexueller Übergriffe, die die Schwelle der sexuellen Nötigung nicht überschreiten, einen neuen Straftatbestand einführt, nämlich den zur sexuellen Belästigung oder Beleidigung durch Tätlichkeit. In Ergänzung kann für Vorfälle, bei denen der Täter einen Überraschungsmoment ausnutzt, hinzugefügt werden, dass das Einverständnis nicht vorausgesetzt werden kann. Wir freuen uns, dass eine Expertenkommission eingesetzt wurde, die über eine grundsätzliche Reform des Strafgesetzbuches bzw. zur kompletten Umsetzung der Istanbul-Konvention in deutsches Recht berät und dass hier auch Expertinnen aus NRW eingebunden sind.

Ganz deutlich sagen wir an dieser Stelle: Die Vorkommnisse in der Silvesternacht in vielen deutschen Städten haben eine Debatte befeuert, die wir seit langem führen. Ausdrücklich wehren wir uns aber gegen die Instrumentalisierung der Opfer der sexualisierten Gewalt durch rechtspopulistische Gruppierungen und deren rassistische Beweggründe zur Strafverfolgung.

Zu diesem Thema planen wir derzeit eine große öffentliche Veranstaltung am 13.09.2016. Weitere Einzelheiten folgen.

Frauenfrühstück

Auch in diesem Halbjahr haben sich die AsF-Frauen wieder zu einem Frauenfrühstück getroffen, bei dem es nicht nur um Politik ging, sondern auch um die Sorgen und Nöte des Alltags. Die „Brasserie“ auf der Hauptstraße in Herne hat dabei alle unsere kulinarischen Erwartungen übertroffen.

Nach der Cranger-Kirmes ist vor der Allerheiligenkirmes!

Jahresausflug 2016

In diesem Jahr fährt die AsF **am Donnerstag, 03.11.2016,** zur Allerheiligenkirmes nach Soest. Die Allerheiligenkirmes in Soest ist die größte Altstadtkirmes Europas und findet jährlich in der Soester Altstadt statt.

Verbindliche Anmeldungen sind ab sofort möglich bei jeder Sitzung.

Wir fahren bequem mit dem Zug. Es fallen hierfür Fahrtkosten in Höhe von € 10,-- / Person an, die bei der Anmeldung zu zahlen sind.

Die genauen Abfahrtzeiten stehen noch nicht fest, werden aber zeitnah mitgeteilt.

Wann und Wo:

Wir treffen uns an jedem 3. Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr zu einer UB-Vorstandssitzung in der Gaststätte „Zille“, Herne.

In den Schulferien fällt das Treffen aus.

Zweimal jährlich führen wir eine ASF-Konferenz durch, zu der die Delegierten der einzelnen Frauengruppen und stets auch Gäste eingeladen sind.

Die genauen Termine und Inhalte stehen rechtzeitig in der lokalen Presse oder können im SPD-Parteibüro erfragt werden.

Einfach mal vorbeikommen!

Jubiläumsfeier

40 Jahre AsF Herne

Im Rahmen einer Weihnachtsfeier hielt der AsF-Vorstand im Dezember 2015 einen kleinen Rückblick auf 40 Jahre AsF Herne.

v.l.n.r.: Silke Remiorz, Monika Ganteföhr, Gaby Baertz und Renate Heinz

In der kleinen Feierstunde, an der auch nahezu alle ehemaligen Vorsitzenden der AsF teilnehmen konnten, hielt zur Freude aller Teilnehmerinnen die Nikoläusin in Reimform einen historischen Rückblick und schilderte in launigen Worten die Gründung der AsF sowie deren Entwicklung und Werdegang. In gemütlicher Runde fand der Abend dann seinen Ausklang.

Internationaler Frauentag in Herne

Auch 2016 wurde der Internationaler Frauentag von der AsF Herne in besonderer Form gefeiert. In diesem Jahren waren wir nicht nur bei der großen Eröffnungsveranstaltung am 04.03. im KuZ vertreten. Einen Tag später konnten wir bei eisigen Temperaturen auf der Bahnhofstraße mit einem großen Info-Pavillon die Herner Bürgerinnen mit Rosen erfreuen und diesen Tag so in besonderer Form begehen. Tatkräftig unterstützt wurden wir dabei von unserem Landtagsabgeordneten Alexander Vogt.

Wir wünschen einen schönen Sommer!

Internationaler Frauentag in Herne